

Standpunkt: Andreas Freytag und Valentin Zahrnt

Deutschlands vernachlässigtes Freihandelsinteresse

Die Hälfte der deutschen Wirtschaftsleistung und jeder vierte Arbeitsplatz hängen vom Export ab. Doch die deutschen Ausfuhren sind 2009 um 18 Prozent zurückgegangen. Deswegen hat das Bundeswirtschaftsministerium eine Außenwirtschaftsoffensive ausgerufen. Auf dem Plan stehen Informationsstellen für Exporteure, Garantien für Exportkredite, Handelsmessen und die Unterstützung deutscher Bewerbungen um ausländische Großaufträge. Abgerundet wird die Strategie mit einem Bekenntnis zum Freihandel. Die Wirklichkeit sieht anders aus: Deutschland leistet keinen hinreichenden Beitrag zu einer offeneren Welt Handelsordnung.

Die Verantwortung für die Handelspolitik liegt bei der EU. Die deutsche Stimme ist in Brüssel allerdings nur schwach zu vernehmen. Frankreich und England melden sich entschlossener zu Wort. In einigen Bereichen tritt Deutschland sogar für eine protektionistische Politik ein. Ein Beispiel hierfür sind die Strafzölle. Diese sollen Importe treffen, die auf dem europäischen Markt unter Wert verkauft werden und so den Wettbewerb verfälschen. Strafzölle können gerechtfertigt sein, wenn sie verhindern, dass ausländische Produzenten sich mit Dumpingpreisen eine marktbeherrschende Stellung erobern. Tatsächlich ist diese Gefahr jedoch gering. Produkte unter Produktionskosten zu verkaufen gehört zur normalen Unternehmensstrategie – etwa um ein neues Produkt einzuführen oder überfüllte Lager zu leeren. Und nur selten ist es Unternehmen möglich, eine marktbeherrschende Stellung nicht

nur zu erreichen, sondern diese auch gleichzeitig zu missbrauchen und zu verteidigen. Viel häufiger werden Strafzölle eingesetzt, um nicht wettbewerbsfähige Unternehmen und Wirtschaftszweige vor ausländischer Konkurrenz zu schützen.



Andreas Freytag ist Professor für Wirtschaftspolitik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Die deutsche Industrie ist der aktivste Befürworter von Strafzöllen. Etwa die Hälfte der europäischen Strafzölle in den vergangenen zehn Jahren wurde von der deutschen Industrie mitinitiiert. Die deutsche Regierung unterstützt regelmäßig solche Initiativen. Zudem hat sie den Versuch der Europäischen Kommission, die Gesetzesgrundlage für Strafzölle zu ändern, blockiert. Die Reform hätte erlaubt, die Prozedur zur Verhängung von Strafzöllen transparenter zu gestalten und die gesamtwirtschaftlichen Konsequenzen stärker in die Entscheidungsfindung einzubeziehen.

Auch beim Freihandelsabkommen der EU mit Korea hat Deutschland ein schwa-

ches Bild abgegeben. Die Regierung ließ sich von der Autoindustrie vereinnahmen: Vor allem Volkswagen fürchtet die Konkurrenz von Hyundai und Kia. Dass die Zukunft der deutschen Wirtschaft nicht von der Autoproduktion im unteren und



Valentin Zahrnt ist Wissenschaftler am European Centre for International Political Economy in Brüssel.

mittleren Preissegment abhängt und das Abkommen volkswirtschaftlichen Gewinn verspricht, reichte für die Regierung nicht aus. Erst als sich Sektoren wie Maschinenbau, Medizintechnik und Pharmaindustrie für das Abkommen aussprachen, gab Deutschland grünes Licht.

Problematisch ist auch die deutsche Unterstützung der EU-Agrarpolitik. Die Agrarzölle und -subventionen der EU bieten ihren Handelspartnern eine willkommene Ausrede, um ihrerseits Bauern und Nahrungsmittelindustrien zu schützen. Dieser Nachteil fällt ins Gewicht, da die EU gemeinsam mit den Vereinigten Staaten der führende Exporteur von Lebens-

mitteln ist. Darüber hinaus rechtfertigen Entwicklungsländer ihre Barrieren gegen den Import von Industrieprodukten und Dienstleistungen mit dem Verweis auf den europäischen Agrarprotektionismus: Die EU kann so nicht als glaubwürdiger Vertreter des Freihandels auftreten. Auch in der Welthandelsorganisation hat der Unwille der EU, die Zölle auf Agrarprodukte zu senken, wiederholt multilaterale Verhandlungen ins Stocken gebracht.

In den verschiedenen Bereichen der deutschen Handelspolitik lässt sich ein Muster erkennen: Positionen werden von Fall zu Fall bestimmt und nicht von einer liberalen Überzeugung geleitet. Die Meinungen von Unternehmensverbänden und anderen lautstarken Nichtregierungsorganisationen prägen die Entscheidungsfindung stärker als die gesamtwirtschaftliche Bilanz. Und aus Furcht vor den sozialen Verwerfungen des Strukturwandels werden langfristige Wachstumschancen vergeben. Befürworter nennen diesen Ansatz pragmatisch. Politisch opportunistisch und wirtschaftlich kurzfristig ist ein treffenderes Urteil.

Der Gestaltungsspielraum des Wirtschaftsministeriums für eine liberalere Handelspolitik ist begrenzt. Mehr Unterstützung – oder weniger Widerstand – muss von den Ministerien für Arbeit, Inneres, Entwicklungszusammenarbeit und Landwirtschaft, aber auch vom Kanzleramt kommen. Kein anderes Land vergleichbarer Größe ist derart mit der Weltwirtschaft verflochten wie Deutschland. Eine liberale Handelsordnung in der EU und der Welt muss daher Priorität deutscher Politik werden.